


Auswertung der Wahlprogramme der Parteien*

zur Wahl zum 21. Deutschen Bundestag nach Aussagen zu ausgewählten Fragen




Deutsche Staatsangehörigkeit




-bei Doppelstaatler:innen Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit bei Extremismus


-Abschaffung der generellen Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft



-Beibehaltung der Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit auch für EU-Ausländer:innen sowie erleichterte Möglichkeiten der Einbürgerung




-Beibehaltung der Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit auch für EU-Ausländer:innen sowie erleichterte Möglichkeiten der Einbürgerung




-Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach fünf Jahren Aufenthalt/bei Geburt in Deutschland

-Beibehaltung der Möglichkeit zur Mehrstaatlichkeit




-nur durch Geburt mindestens eines deutschen Elternteils oder Ermessensentscheidung nach frühestens 10 Jahren möglich

-keine Doppelstaatlichkeit bei nicht EU-Bürger:innen



k
e
i
n
e

A
n
g
a
b
e



-nur bei eigener Sicherung des eigenen Lebensunterhalts

-nicht bei Vorstrafen

-Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit stellen Ausschlussgründe dar

*ausgewählt wurden Parteien mit zum Zeitpunkt der Auswertung in Umfragen mindestens vier Prozent möglicher Stimmenanteile



Auswertung der Wahlprogramme der Parteien*

zur Wahl zum 21. Deutschen Bundestag nach Aussagen zu ausgewählten Fragen



Integration/Partizipation

<ul style="list-style-type: none">-Ziel ist Integration in den Arbeitsmarkt, dafür Unterstützung und Kontrolle-Es braucht eine Leitkultur	<ul style="list-style-type: none">-Partizipationsgesetz geplant, um Teilhabe um Teilhabe, Chancengleichheit und Integration zu fördern-berufsbegleitende Integrationskurse und mehr Angebote zum Deutscherwerb	<ul style="list-style-type: none">-Ausbau von Integrations- und Sprachkursen-Arbeitsverbote abbauen und Hürden reduzieren-Kommunen stärker unterstützen - Bundespartizipationsgesetz und Partizipationsrat geplant-Unterstützung migrantischer Jugendverbände	<ul style="list-style-type: none">-Übertragung des Berliner Partizipationsgesetzes auf Bundesebene-Partizipationsmöglichkeiten anerkannter Minderheiten stärken-Einrichtung eines Partizipationsrats-Einführung staatlich geschützter Feiertage für jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften-gleichberechtigte Teilhabe von Senior:innen ermöglichen	<ul style="list-style-type: none">-stark begrenzen-Voraussetzung Deutsch-B2-Sprachkenntnisse in begrenzter Zeit-keine Integration von Menschen mit eingeschränktem Aufenthaltstitel	<ul style="list-style-type: none">-Voraussetzung der Integration ist Spracherwerb und Berufstätigkeit; soll über Erwachsenenbildung geschehen	<ul style="list-style-type: none">-Stärkung der Wohnsitzauflage-Spracherwerb mit Schwerpunkt Berufstätigkeit

*ausgewählt wurden Parteien mit zum Zeitpunkt der Auswertung in Umfragen mindestens vier Prozent möglicher Stimmenanteile



Auswertung der Wahlprogramme der Parteien*

zur Wahl zum 21. Deutschen Bundestag nach Aussagen zu ausgewählten Fragen



Antidiskriminierung



- Maßnahmen zur Reduzierung von Altersdiskriminierung, vor allem im Berufsalltag und mit Blick auf Digitalisierung geplant
- Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA in staatlichen Förderprogrammen



- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz soll ausgeweitet werden und die Stelle der:des Antidiskriminierungsbeauftragten dauerhaft verankert werden
- Ausbau der Antidiskriminierungsberatung und Neuauflage des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus
- Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll auch Anti-Feminismus in den Fokus nehmen
- Ergänzung des Art. 3 GG um sexuelle Identität
- Umsetzung des nationalen Aktionsplans „Queer leben“
- Gleichstellung queerer Familien im Familien- und Abstammungsrecht



- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz soll ausgeweitet werden und Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt
- Nationaler Aktionsplan Antidiskriminierung geplant
- Stärkung der Stelle der:des Antidiskriminierungsbeauftragten
- Aktionsplan gegen Islamfeindlichkeit
- Staatsvertrag Antiziganismus schließen

*ausgewählt wurden Parteien mit zum Zeitpunkt der Auswertung in Umfragen mindestens vier Prozent möglicher Stimmenanteile



Auswertung der Wahlprogramme der Parteien*

zur Wahl zum 21. Deutschen Bundestag nach Aussagen zu ausgewählten Fragen



Antidiskriminierung



- Reform, Erweiterung und Stärkung des AGG
- Beibehaltung der:des Antirassismusbeauftragten
- gesetzliches Verbot von „Racial profiling“
- Antidiskriminierungsschulungen im Öffentlichen Dienst -eigenes Bundesministerium für Migration und Partizipation
- Ergänzung des Art. 3 GG um Merkmale Alter, sexuelle Identität sowie um von rassistischer Diskriminierung Betroffener
- Selbstbestimmungsgesetz verbessern; Gesundheitsversorgung für trans*Personen verbessern



- das Antidiskriminierungsgesetz wird abgelehnt
- rechtlicher Schutz von Menschen, die Impfungen ablehnen vor Diskriminierung gefordert



- jegliche Diskriminierung wird abgelehnt
- Zusammenarbeit mit allen Akteuren, die der Integration dienen



- Grundrechte gegen Diskriminierung stärken
- Umsetzung des nationalen Aktionsplans „Queer leben“
- Stärkung Bundesstiftung Magnus Hirschfeld - Ergänzung des Art. 3 GG um sexuelle Identität - inklusives Bildungssystem
- Gleichstellung der Religionen; Prüfung von Islamverbänden und Reform der DIK
- Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA umfassend etablieren

*ausgewählt wurden Parteien mit zum Zeitpunkt der Auswertung in Umfragen mindestens vier Prozent möglicher Stimmenanteile



Auswertung der Wahlprogramme der Parteien*

zur Wahl zum 21. Deutschen Bundestag nach Aussagen zu ausgewählten Fragen



Fachkräfteeinwanderung



- einheitliche Agentur von Anwerbung bis Aufenthaltstitel einrichten
- vereinfachte und schnellere Anerkennung ausländ. Berufsqualifikationen



- mit fairen Anwerbeabkommen und vereinfachten Anerkennungsverfahren soll Einwanderung weltweiter ausländischer Fachkräfte erleichtert werden



- schnellere, digitale und einfachere Verfahren zur Anerkennung von Abschlüssen und Berufserfahrung



- Entkopplung des Aufenthalts von Arbeitsvertrag
- Stärkung der Rechte ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland



- Bedarf ist durch versch. Maßnahmen auf ein Minimum zu begrenzen
- Ausnahme Mangelberufe, MINT-Fächer, Facharbeiter



- Bedarf ist durch versch. Maßnahmen auf ein Minimum zu begrenzen



- verstärkte Anwerbung hochqualifizierter Fachkräfte
- Europäische Blue Card für weitere nicht-akademische Fachkräfte öffnen
- Anerkennungsverfahren für ausl. Pflegefachkräfte drastisch vereinfachen

*ausgewählt wurden Parteien mit zum Zeitpunkt der Auswertung in Umfragen mindestens vier Prozent möglicher Stimmenanteile




Auswertung der Wahlprogramme der Parteien*


zur Wahl zum 21. Deutschen Bundestag nach Aussagen zu ausgewählten Fragen




Familienzusammenführung



-Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte aussetzen




-Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte weiter ermöglichen




-Familiennachzug weiter ermöglichen



-Familiennachzug erleichtern




-Wegfall des grundsätzlichen Nachzugsanspruchs für Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter



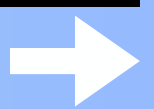
k
e
i
e

A
n
g
a
b
e



-Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte aussetzen

*ausgewählt wurden Parteien mit zum Zeitpunkt der Auswertung in Umfragen mindestens vier Prozent möglicher Stimmenanteile



Die vollständigen Programme sind hier abrufbar:



https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/km_btw_2025_wahlprogramm_langfassung_ansicht.pdf



https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD_Programm_bf.pdf



https://cms.gruene.de/uploads/assets/Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf



https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf



https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf



<https://bsw-vg.de/wp-content/themes/bsw/assets/downloads/BSW%20Wahlprogramm%202025.pdf>



https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf